

«Es braucht bürgerliche Genossenschaften»

Am 12. Dezember 2018 hat sich der Nationalrat nach vierstündiger Debatte überraschend deutlich für die Aufstockung des Fonds de Roulement ausgesprochen. Nationalrat Albert Vitali (FDP, LU) hat den vorparlamentarischen Prozess aktiv mitgestaltet. Er ist auch Mitglied des Politischen Beirats von WOHNEN SCHWEIZ.

Magazin WOHNEN SCHWEIZ: War der 12. Dezember 2018 für Sie ein politischer Freudentag?

Albert Vitali: Natürlich habe ich mich über das Resultat gefreut, denn ich habe mich sehr für die Aufstockung des Fonds de Roulement eingesetzt.

Wie ist dieses deutliche Resultat zu erklären? Im Vorfeld gab es viele skeptische Stimmen.

Die FDP und die SVP waren skeptisch und befürchteten ein Debakel wie bei den Bürgschaften der Hochseeschifffahrt. Ich konnte ihnen glaubhaft aufzeigen, dass es da einen Unterschied gibt und es seit der Einführung des Wohnraumförderungsgesetzes im Jahre 2003 keine Kreditausfälle gab.

Wie war die Stimmung in der Finanzkommission, der Sie angehören?

Die Finanzkommission steht ja nicht im Rufe, ausgabefreudig zu sein. (Lacht.) Finanzpolitisch vernünftigen Argumenten ist die Finanzkommission immer zugänglich. Der Fonds de Roulement entspricht dem Verfassungsauftrag, den der Bund wahrnehmen muss. Um diesen Auftrag zu erfüllen, muss der Fonds aber genügend alimentiert sein, was er nicht mehr war.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Wohnungspolitik des Bundes?

Die heutige Wohnungspolitik des Bundes hat sich bewährt. Es gibt momentan noch genügend bezahlbare Wohnungen. Damit das auch so bleibt und der Verfassungsartikel 108 weiterhin erfüllt werden kann, setzt der Bundesrat seinen bewährten Weg fort und unterstützt den gemeinnützigen Wohnungsbau mit zusätzlichen Millionen



Der Finanzpolitiker Albert Vitali zur Bedeutung des Fonds de Roulement.

«Um den Verfassungsauftrag wahrnehmen zu können, muss der Fonds aber genügend alimentiert sein, was er nicht mehr war.»

Franken, auch um dessen Marktanteil um vier bis fünf Prozent halten zu können. Diese Strategie unterstützt die schwächeren Marktteilnehmer und fördert die Durchmischung. Trotz angestiegener Leerwohnungsziffer ist dies nach wie vor wichtig.

Und in Ihrer FDP. Die Liberalen-Fraktion, war da viel Überzeugungsarbeit nötig?

Die FDP befürchtete einen Eingriff in die Marktwirtschaft. Der Fonds de Roulement ist jedoch nur ein ergänzendes Finanzierungsinstrument zu den Banken. Mit 0,5 Promille Marktanteil ist er sicher keine Konkurrenz. Dies insbeson-

dere, weil er nur den Eigenkapitalbereich finanziert. Die Risikoverteilung hat eine ganz andere Struktur als bei Bürgschaften. Hier werden viele kleine Kredite als grundpfandgesicherte Darlehen vergeben. Sie dienen der Rest- oder Überbrückungsfinanzierung von preisgünstigen Wohnungen. Die eingesetzten Mittel gehören nach wie vor dem Bund.

Sie haben sich für den Fonds de Roulement stark ins Zeug gelegt. Warum?

Einerseits galt es, die lancierte Initiative des Mieterverbandes zu verhindern. Die Initiative verlangt ja, dass von allen neu gebauten Wohnungen mindestens zehn Prozent im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgern sein müssen. Heute sind es vier bis fünf Prozent. Zudem verlangte sie Vorkaufsrechte und Vorkehrungen zur Verhinderung des Verlustes von preisgünstigem Wohnraum. Diese Forde-

rungen sind nicht marktwirtschaftlich und schon gar nicht liberal. Die geforderten Massnahmen würden zudem den Bund und die Kantone finanziell über Gebühr belasten. Die FDP lehnte die Initiative ab und eine Mehrheit stimmte dem Fonds de Roulement zu.

Aber das Anliegen ist doch populär?

Die jüngsten Abstimmungsresultate in Städten und auch in ländlichen Gegenden zeigen, dass sich breite Bevölkerungskreise eine Erhöhung des Anteils der Wohnungen im Besitz gemeinnütziger Bauträger wünschen. Wohnbauförderung entspricht also auch heute noch einem politischen Auftrag.

Hat der Politische Beirat von WOHNEN SCHWEIZ etwas zum Ergebnis beitragen können?

Die Befürworter des Fonds konnten sich bereits im Politischen Beirat, dem ja alle bürgerlichen Parteien angehören, überzeugen lassen.

Braucht es überhaupt ein politisches Gremium, braucht es Lobbyarbeit, in der sich sogar der Verbandspräsident persönlich unter die Bundeshaukuppel begibt?

Lobbyarbeit per se ist meines Erachtens nichts Negatives. Sie trägt zur Meinungsbildung bei. Man muss sich aber alle Seiten anhören und darf sich nicht von einer Seite instrumentalisieren lassen.

Welches Image haben Baugenossenschaften in der Bundespolitik? Direkt gefragt: Gelten sie nur als «links»?

Ich bin überzeugt, dass Wohnbaugenossenschaften beim Thema «Wohnen im Alter» zunehmend an Bedeutung gewinnen werden. In der Zusammenarbeit mit den Gemeinden übernehmen gemeinnützige Bauträger wichtige öffentliche Aufgaben. In diesem Bereich werden viele Baugenossenschaften gegründet. Es braucht nach wie vor eine vernünftige Wohnpolitik. Auch von bürgerlichen Wohngenossenschaften.

Interview Kurt Bischof

HEBT SICH AB.

In Lebensdauer und Qualität.



Seit 170 Jahren sind wir die Schweizer Waschexperten. Mit hochwertigsten Materialien, wie zum Beispiel einem Laugenbehälter aus Chromstahl, erreichen wir hygienische Sauberkeit und extreme Langlebigkeit. Mehr Infos: schulthess.ch/schweizer-qualitaet

Swissmade

 **SCHULTHESS**